

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Verkaufsweg: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.75, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 4.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 11.25 ohne Zustellungsgebühr. Die Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsausdräger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postcheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. — **Gemeindeverbandsgirokonto Bischofswerda Konto Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Grundzeile (Zim. No. 14) oder deren Raum 120 Pfg., örtliche Anzeigen 80 Pfg. Im Tageszeitung (Zim. No. 14) 250 Pfg., die 6spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 6spaltige Zeile 150 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird kein Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 221.

Mittwoch, den 21. September 1921.

76 Jahrgang.

Der sozialdemokratische Parteitag Scheidemann für die Koalition mit der Deutschen Volkspartei.

Der erste Verhandlungstag, der Montag, brachte bereits eine Klärung zu der künftigen Haltung der S. P. D. in der Koalitionsfrage. In dem Bericht des Parteivorstandes wurde die grundsätzliche Bereitschaft zur Koalition mit bürgerlichen Parteien erklärt. Das bedeutet also, daß die Sozialdemokraten bereit sind, mit der Deutschen Volkspartei zusammen zu arbeiten, wenn auch diese Partei von ihrem Programm etwas absteht.

Nachstehend veröffentlichen wir den Bericht über die für unsere innerpolitische Entwicklung interessanten Ausführungen:

Sörlitz, 19. September.

Der heutige erste Verhandlungstag brachte entsprechend der nachträglich abgeänderten Tagesordnung zunächst das Referat des alten Wolkensührer über die beiden vorliegenden Entwürfe eines neuen Parteiprogramms. Da die Programmforderung doch wieder an einen Ausschuss zurückverwiesen werden sollte, konnte sich Wolkensührer auf allgemeine historisch-kritische Betrachtungen beschränken. Aus allen seinen Ausführungen aber — sie dauerten wider alles Erwarten kaum eine Stunde — hörte man nur die ungeheuren Schwierigkeiten heraus, die sich der neuen Programmform entgegenstellten. Aus der ehemaligen reichsfeindlichen Partei sei nun einmal eine staatsfeindliche geworden: das Schwierigste sei die aus dieser Entwicklung sich ergebende Umstellung.

Ohne Debatte wurde dann die neue Programmkommission gewählt. Ihr gehören u. a. an Eduard Bernstein, Cunow, Adolf Braun, Otto Bauer, Frau Hanna, Frau Judacz, Keil, Löbe, Wolkensührer, Quack, Fr. Pfüll, Dr. Radbruch, Georg Schmidt, Stampfer, Strobel und Wiffell. Es folgte der

Bericht des Parteivorstandes.

Franz Krüger gab einen Rückblick auf die letzte Reichstagswahl und ihre politischen Folgererscheinungen und kam dabei sofort auf die Tatsache, daß die Deutsche Volkspartei sich zu einer Regierungsbildung unter Ausschluß der Arbeiter unfähig gezeigt habe, daß aber andererseits der einzige Erfolg des Sieges der Unabhängigen die wenigstens vorübergehende Ausschaltung der Sozialdemokratie gewesen sei. Die Spaltung der Unabhängigen bedeutete die Rückkehr vom Wort zur Tat. Krüger berichtete dann im einzelnen über den Ausbau und die Leistungen der Parteioorganisation, über den Plan, den 9. November zu einem Demonstrationstags gegen die Reaktion zu machen, und endlich über das Streben zur Wiederherstellung der Einigkeit innerhalb der Sozialdemokratie. Die Kernfrage sei auch hier, ob ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien oder aber ob auf der anderen Seite die Herstellung einer sozialistischen Einheitsfront möglich sei. Der Redner wandte sich da zunächst gegen die Unabhängigen, deren heutiger Standpunkt bereits verteuert dem „Parteierrat“ ähnele, den die Unabhängigen bisher immer den Reichssozialisten vorgeworfen hätten. Der Unterschied bestehe nur darin, daß wir den Mut haben, diese Politik zu vertreten, die Unabhängigen aber nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Der Redner stellte dann die zahlreichen Widersprüche fest, in die sich die Nachbarpartei zur Linken in der Frage der Regierungsbildung und -unterstützung verwickelt habe. Je nachdem die „Bedrohung“ da ist oder nicht, scheine diese Partei in die Regierung hinein- oder wieder herausgehen zu wollen. Genau so hat „man“ im Berliner Rathaus zwar die Macht, aber auch „Grundzüge“ und verweigert dem eigenen sozialistischen Magistrat den Etat. Das ist nicht mehr Politik, das ist Affentheater. (Stürmische Zustimmung.) Wir werden zur Einigung mit den Unabhängigen erst kommen, wenn gewisse Führer von ihnen dieselbe sehr viel vernünftigeren Anhängern dazu gezwungen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Kooperation mit den Kommunisten lehnt Krüger auch nicht grundsätzlich ab, nur mache die Unzuverlässigkeit der Kommunisten diese nicht gerade zu einem angenehmen Bundesgenossen. Nach der Reichstagswahl habe die Sozialdemokratie absichtlich die „Sieger“ in der Regierung allein gelassen. In der Kasseler Resolution sei keine Partei mit Namen genannt worden, auch nicht die Deutsche Volkspartei, wohl aber habe die Latzki dieser Partei bis dahin ein Zusammengehen mit ihr ausgeschlossen. Jetzt sei die Frage akut geworden, ob die Kasseler Formulierung nicht nur auf das Reich, sondern auch auf Preußen und andere Einzelländer Anwendung finden könne

und müsse. In Preußen war trotz der Veränderungen im Reich und anderswo eine Regierung mit starkem sozialistischem Einschlag geblieben. Reibungen konnten nicht fehlen. Schon vor den Landtagswahlen begannen daher die Bestrebungen nach „Homogenität“. Dieser Kampf um die Ausschaltung der Sozialisten war geradezu die Parole der Neuwahlen. Trotzdem fielen diese Wahlen anders aus: Die Sozialdemokratie erhielt ein ausdrückliches Vertrauensvotum für ihre Regierung und ihre Minister, auch für die Ablehnung des Zusammengehens mit der Deutschen Volkspartei. Diese Weigerung, an der dann bekanntlich die Beteiligung an der neuen Regierung gescheitert ist, sucht nun Krüger zu verteidigen. Die Schuld habe nicht an den Sozialdemokraten, sondern an der Stellung der Deutschen Volkspartei gelegen. Jetzt habe sich die Lage verändert. Wir müssen nicht nur in die Regierung, wenn sich Möglichkeiten eröffnen, wir müssen den Eintritt erzwingen. Grundbedingung der Beteiligung an einer Koalitionsregierung kann sich eine Partei wie die unsere nicht leisten. Unsere Errungenschaft ist die Republik, heute dürfen wir die Führung in der Verteidigung dieser Errungenschaft nicht aus der Hand geben. Da wir nicht warten können, bis wir allein die Macht haben, müssen wir wenigstens einen maßgebenden Einfluß zu gewinnen suchen.

So kam Krüger zur Versicherung der „Koalitionsbereitschaft“. Es gilt nun, ein klares Programm für eine Koalition aufzustellen, dabei müssen wir — um das offen auszusprechen — alles ausschließen, was eine gemeinsame Politik mit bürgerlichen Parteien unmöglich macht. Wir werden keine sozialistische Politik machen dürfen. Es gilt den Schutz der Republik, es gilt den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Dazu, also auch zum Verzicht auf monarchistische Propaganda, muß sich jede Partei bekennen, mit der wir zusammengehen können. Weiter verlangte Krüger für dieses Programm: Erfüllung des Wollmatums, die Demokratisierung der Verwaltung, Republikanisierung des Reichsheeres und der Polizei. Wir wollen nicht an jeder Regierung teilnehmen, sondern nur an einer, der es gelingt, dieses unser Mindestprogramm durchzuführen. (Lebhafte Beifall.)

Die Resolution.

Die Resolution, die der Parteivorstand vorlegt, hat folgenden Wortlaut: „In der Deutschen Republik geht alle Regierungsmacht vom Volke aus. Jede Partei hat die Möglichkeit, entsprechend ihrem Anhang im Volke die Richtlinien der Regierungspolitik zu beeinflussen, was am wirksamsten durch Teilnahme an der Regierung geschehen kann. Auf die Teilnahme an der Regierung der Republik wird die Sozialdemokratische Partei besonders dadurch hingewiesen, daß sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und die einzige Partei, die von jeher ohne Einschränkung und grundsätzlich auf dem Boden der republikanischen Staatsordnung und des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes steht, weil diese den günstigsten Boden für die Erringung der sozialistischen Gesellschaft bilden. Die Sozialdemokratie darf daher nicht warten, bis sie instande ist, die ganze Regierungsgewalt allein zu übernehmen, sondern sie muß versuchen, auch vorher schon zur Sicherung der republikanischen, demokratischen Staatsform ihre politische Macht in die Wagschale zu werfen, um so auch der Erringung ihrer sozialistischen Ziele näher zu kommen. Dies ist jetzt um so mehr nötig, als die Not des deutschen Volkes die Anspannung aller Kräfte erfordert. Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zweck mit anderen Parteien in Reich und Ländern in der Regierung zusammen zu arbeiten, wenn mit diesen Parteien eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält:

- Anerkennung und Verteidigung der Republik.
 - Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde.
 - Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Volkseigenen.
 - Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung.
 - Politik der Völkerverständigung.
 - Logische Erfüllung des Friedensbittates in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Anbringung der dadurch bedingten Kosten in erster Linie durch weitestgehende Heranziehung des Besitzes.
 - Im übrigen soll der Parteivorstand unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage im Benehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden.
- In der Montagnachmittag-Sitzung leitete Karl Wald-Frankfurt (Main) die

Debatte über den Bericht des Parteivorstandes

mit einer heftigen Verteidigung der Frankfurter Genossen gegen die Vorwürfe ein, die ihnen Krüger ob ihres Zusammenhaltens mit den Kommunisten gemacht hatte. Vor allem spottete der Redner über das Tadelmessen mit der Deutschen Volkspartei, die doch auf Grund ihrer Zusammensetzung gar nicht anders könne, als arbeitsfeindlich sein. Martwald bekräftigte den Frankfurter Antrag auf Einigung mit den Unabhängigen. Daneben verlangten die Frankfurter noch Reform des Gemeindeverwaltungsgesetzes, restlose Entzweiung der Hohenzollern usw. Auch Eckstein-Breslau ist gegen die neue Koalition. Die Deutsche Volkspartei werde alles mögliche unterschreiben, aber trotzdem monarchisch bleiben. Wie solle man mit Brüninghaus die Reichswehr republikanisieren, wie mit Stresemann eine Politik der Völkerverständigung treiben. Die Resolution müsse abgeändert, müsse verhärtet werden.

In der weiteren Debatte sprachen die Redner teils für, teils gegen die Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Reichstagspräsident Lobe-Breslau tritt, nachdem eine Reihe anderer Breslauer Genossen die Zustände in Schlesien in grellen Farben geschildert, für einen Antrag ein, der das Tragen eines gemeinsamen Abzeichens für alle Anhänger der Republik — das schwarz-rot-goldene Band — fordert. (Stürmischer Beifall.) Den Schluß des Montags bildete eine Rede

Scheidemanns.

Die wichtigste Aufgabe ist die Sicherung der Republik, die in Gefahr war, in Gefahr ist und in Gefahr bleiben wird, wenn es uns nicht gelingt, der Reaktion das Handwerk zu legen, die am liebsten aus ganz Deutschland ein Bayern, wenn nicht ein Ungarn machen möchte. Hergt sieht in der Weimarer Verfassung nur eine Epifode. Da muß man sagen, die Verordnung des Reichspräsidenten verstoßt von tausend Kanälen der Reaktion nur einen oder zwei. Es muß ganze Arbeit gemacht werden. Wir verlangen Reform der Justiz, Demokratisierung der Verwaltung und Reform des Schulwesens, auch der Universitäten, die nicht länger Brutstätten der Reaktion bleiben dürfen. Dieser Wille des ganzen Volkes muß dadurch zum Ausdruck kommen, daß wir eine entsprechende Regierung bilden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß im Reich mit Wirth gegen rechts, in Preußen mit Siegerwald gegen links regiert wird, und es ist geradezu grotesk, daß die bayerische Regierung eine vom Reichspräsidenten erlassene Verordnung sabotieren kann und Landesrecht über Reichsrecht stellen will. Wir müssen uns frei machen von allen Schlagworten, müssen gewillt sein, ausschließlich mit realen Tatsachen zu rechnen. Für uns darf nicht maßgebend sein, was eine Partei früher getan hat, sondern was sie zu tun gewillt ist. Von der Theorie der politischen Erbünde müssen wir uns frei machen. Wir können natürlich nicht gemeinsam mit einer Partei, die die Monarchie propagandiert, die Republik regieren wollen, auch nicht mit einer Partei, die gewisse Geldquellen ablehnt, deren Erschließung wir fordern. Daher das Mindestprogramm. Eine Partei aber, die dieses Arbeitsprogramm annehmen will, darf nicht von der Regierung ausgeschlossen werden (!). Es handelt sich ja nicht um eine Festinnung, sondern um eine Arbeitsgemeinschaft, sonst könnten wir ja auch nicht mit dem Zentrum zusammengehen. Wie sich die Koalitionsverhältnisse in der nächsten Zeit entwickeln werden, weiß keiner. Koalition ist vergänglich, unvergänglich wird bleiben die Zusammengehörigkeit des ganzen arbeitenden Volkes. Diese Einigkeit ist das Ziel, das wir erstreben. (Stürmischer Beifall.) Die Debatte wird abgebrochen. Sie soll Dienstag früh fortgesetzt werden.

Die Kabinettsbildung in Bayern.

München, 19. September. Der zurückgetretene Ministerpräsident Dr. v. Kahr hat der Bayerischen Volkspartei mitgeteilt, er könne das Anerbieten dieser Partei, sich neuerdings für die bevorstehende Kabinettsbildung als Ministerpräsident dem Landtag zur Wahl zu stellen, nicht annehmen. Die Wähler der Bayerischen Volkspartei und Herr von Kahr selbst werden, wie es den Anschein hat, trotzdem zur Friedengestaltung werden. Man wird in der Annahme nicht irren, daß Herr von Kahr von der Bayerischen Volkspartei zum Staatspräsidenten ausgerufen ist. Als Nachfolger des Herrn von Kahr auf den Posten des Ministerpräsidenten werden ein odlicher Außenminister,

Bi Li
 Dienstag, Mittwoch, Anfang 1/8 Uhr
Das Geheimnis der Mumie.
 Reingefallen, Lustspiel.

Morgen Mittwoch
Künstlerkonzert.
 Café Corso
 Hochachtungsvoll
Paul Leuner.

Die anhaltende Erhöhung aller Betriebskosten, besonders der Futtermittelpreise (ca. 100/200 %) und der Löhne (ca. 70 %) zwingt uns, mit Wirkung ab **15. September 1921** eine angemessene Erhöhung der bisherigen **Roll-, Fuhr- und Arbeitslohnsätze** eintreten zu lassen.
Vereinigung d. Spediteure u. Fuhrwerksbes. von Bischofswerda u. Umgeg.

Der Herbst und Winter rückt heran! Lassen Sie Ihr Schuhwerk vor der Einwinterung für noch billige Preise bei dem richtigen Fachmann in Stand setzen in der erstklassigen **Maß- u. Reparatur-Schuhmacherei v. Herbert Hollengk** 1916 Dipl. Nr. 231 1916 Dipl. in der **Burkau Nr. 231**. Anfertigung sämtlicher Maßarbeiten für den Luxus und die Arbeit. Ausführung aller Reparaturen zu noch billigen Preisen. Hierfür beste Anerkennung. Bei sämtlichen Arbeiten nur die besten Materialien. Für Landwirte besonders: Auch bei Zugabe eigener Materialien - Eine Postkarte genügt, komme auf Wunsch allerorts.
Herbert Hollengk, Schuhm.

Der Spötter
 Dresdner Mittwochs-Zeitung für frohes u. freies Wort
 Herausgeber: **Georg Müller-Helm**
Morgen Mittwoch erscheint Heft 2
 Heft 1 trotz zweier Auflagen in 48 Stunden ausverkauft.
 Einzelheft 1 Mk. Vierteljährlich 10 Mk. bei der Post und der Buchhandlung Bruno Grule, Markt.

Runkelrüben
 hat ungefähre 1 Waggon oder Fahrtenweise, aus eigener Ernte sofort gegen Gebot abzugeben. Offerten unter „Rüben“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Saatweizen,
 Kirsches Dickkopf 27,
 anerkannt als 1. Abfaat, verkauft:
Seiber, Spittwitz bei Göda.
 Telefon Seifers 44.

Ein großer Transport **Oidenburger**
Läufer-Schweine
 ist eingetroffen und steht nach Ablauf der gesetzlichen Quarantäne im **Hotel Markgraf Baugen** zum Verkauf. Bestellungen werden schon jetzt angenommen.
Alibert Krenz, Viehhändler Baugen.

Einladung!
Der öffentliche Lichtbildervortrag
 über das der tschechoslowakischen Republik zugesprochene **Deutsch-Böhmen**
 findet **Donnerstag, den 22. September (nicht Mittwoch) abends 7 Uhr, im Fremdenhof „Goldne Sonne“** statt. Der Geschäftsführer des Volksbundes, **Herr Grimm-Dresden**, wird sprechen über
 1. Der österreichisch-deutsche Fragenkomplex.
 2. Wanderung durch das der Tschechoslowakei zugesprochene **Deutsch-Böhmen**, mit 160 Lichtbildern.
 Hierzu werden alle Einwohner, Vereine und Körperschaften von Bischofswerda und Umg. aufs herzlichste eingeladen.
Ortsgruppe der Deutsch-Österreicher.

Konsumverein Pulsnitz.
 Durch günstigen Einkauf ist es uns gelungen, einen **Posten gute Sandtücher** billig zu erlangen.
 Bestellungen nehmen entgegen **Verkaufsstellen**
Bischofsstraße, Ramenzer Straße u. Schmölln
 Muster liegen aus.
 Gleichzeitig machen wir auf **reichhaltiges Schnittwarenlager** aufmerksam, welche alle noch zu alten Preisen abgegeben werden.

Saatweizen
 als Formalin, Kupfervitriol, Uspulun
Drogerie Hultsch, Ob.-Neukirch
 Am Bahnhof. Telefon 125.

Erhielt Fernsprechanschluß unter **Nr. 108.**
Arthur Feist, Wagenbauanstalt
Dresdner Straße 34.

Ihre in Weimar stattgehabte Vermählung geben bekannt
Dr. med. W. A. Schmidt
 und Frau **Änne** geb. Spillner.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir zugleich im Namen unserer Eltern unseren **herzlichsten Dank.**
 Spittwitz, am 11. September 1921.
Willy Kolpe und Frau Dora
 geb. Hofmann.

Allen denen, welche uns anlässlich unserer Vermählung durch Geschenke und Gratulationen geehrt haben, sagen wir hierdurch unseren **herzlichsten Dank.**
 Grossharthau, am 17. September 1921.
Albert Stange u. Frau Elisabeth
 geb. Boden.

Hierdurch allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass am Sonntag, mittags 1/11 Uhr, nach langem, schwerem Leiden unserer herzenguten, treusorgenden Mutter **Wilhelmine Clara verw. Meißner** im 71. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
 Bischofswerda, Chemnitz und Marienberg, am 18. September 1921.
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 21. Sept. nachm. 1/5 Uhr vom Trauerhause, Fleischergasse 7, aus statt.

Teilnehmenden Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser herzenguter Gatte, Vater, Schwieger- und Großvater, **der Braumeister Carl Robert Richter** Veteran von 1870/71 heute früh 3 Uhr nach längerer Krankheit sanft entschlafen ist.
 Rammensau, am 20. September 1921.
Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 2 Uhr statt.

Nachdem wir unsere teure Entschlafene, **Frau Emilie Auguste Beck** geb. Zenker, zur ewigen Ruhe gebettet haben, sagen wir allen für die überaus liebevolle Anteilnahme in Wort und Schrift, für den kostbaren Blumenschmuck und für das letzte Ehrengelächter unseren **herzinnigsten Dank!**
 In stiller Trauer **die Hinterbliebenen.**
 Oberneukirch L. S., am 18. Sept. 1921.
 Nur Arbeit war Dein Leben,
 Du dachtest nie an Dich,
 Nur für die Deinen streben
 Hieltest Du für Deine Pflicht.

Dank.
 Beim Hinscheiden unseres lieben Gatten und Vaters, Bruders und Schwagers, des **Wirtschaftsbesitzers Friedrich Hermann Hanisch**, sind uns so viel Beweise der Liebe und Teilnahme durch Wort, Schrift und Blumenspenden zugegangen, dass es uns unmöglich ist, einem jeden zu danken. Wir sprechen daher hierdurch unseren **herzlichen Dank** aus. Besonderen Dank Herrn Pfarrer Heanig für seinen Trost aus Gottes Wort am Grabe, Herrn Lehrer Kühnert mit seinen Schülern für den erhebenden Trauergesang, dem Militärverein zu Geismannsdorf mit Pickau für das bereitwillige Tragen, Stellen der Trauermusik und den schönen Blumenschmuck, dem Gemeinderat für das ehrende Grabgeleit und den schönen Blumenschmuck, sowie Herrn Wagner für seinen täglichen Besuch während seiner Krankheit.
 Dir aber, lieber Entschlafener, rufen wir ein „Ruhe sanft!“ und „Habe Dank!“ in Dein kühles Grab nach. Auf Wiedersehen!
 Geismannsdorf, am 18. September 1921.
Die Hinterbliebenen.

Sächsischer Staatsbeamtenstag in Dresden.

Am Sonnabend nachmittag wurde in Dresden der Bundestag des Bundes Sächsischer Staatsbeamter durch eine Ansprache des Bundesvorsitzenden eröffnet...

Am Sonntag wurden nach einigen Vorträgen und einer längeren Aussprache folgende Leitsätze des Bundes Sächsischer Staatsbeamter für die Demokratisierung der Verwaltung nahezu einstimmig angenommen:

- 1. Der Eintritt in den öffentlichen Dienst steht jedem verfassungstreuen Deutschen offen...
2. Der Beamte hat sein Amt nur nach sachlichen Gesichtspunkten, parteipolitisch streng neutral, zu führen...
3. Die Beamtenschaft muß von allen ihren Mitglie-

in die Hand des Ministeriums gelegt. Gegen dessen Entscheidung ist Berufung an ein Gericht zulässig...

9. Die Eignung zum Vorgesetzten ist nicht allein von dem Grad der Vorbildung, sondern auch von der beruflichen Ausbildung...

10. Auch für alle übrigen Dienststufungen ist eine bestimmte Vorbildung und eine theoretische und praktische Berufsausbildung zu fordern.

11. Das Arbeitsgebiet jeder Beamtenabstufung ist möglichst genau abzugrenzen. Innerhalb dieses Gebietes ist der Beamte allein verantwortlich.

Das System der Hilfsarbeiter ist grundsätzlich zu befestigen.

12. Allen Beamten ist die Möglichkeit des Aufstiegs zu sichern, der durch Zulassung zu den betreffenden Ausbildungsanstaltungen zu erleichtern ist.

13. Der Dienstbetrieb ist durch gründliche Maßnahmen zu vereinfachen, um den Geschäftsgang zu beschleunigen und die Verwaltung zu verbilligen.

14. Es ist eine Neuordnung des Ruhegehaltsanspruchs in der Richtung erforderlich, daß er einen unbedingten Rechtsanspruch bildet.

Außer einer Reihe von Entschliessungen wurde eine besonders bedeutsame angenommen, die in einem freimütigen Bekenntnis zur Verfassung gipfelt. In der Entschliessung wird weiter die baldige Neuordnung eines freibürgerlichen Beamtenrechts gefordert.

Sächsischer Gemeindebeamtenstag.

Zu gleicher Zeit wie die Sächsischen Staatsbeamten tagte auch der Sächsische Gemeindebeamtenstag, an dem Vertreter der Regierung und einige Landtagsabgeordnete teilnahmen.

Die Besteuerung der Lebensversicherungen.

Von Gustav Schneider, Berlin, Bundesvorsitzer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

Eine der bedauerlichsten Erscheinungen unserer Zeit ist der Rückgang des Sparbetriebes und der Vorsorge für die Zukunft. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Lebensversicherungen „gute Geschäfte“ machen...

Die Frauen vom Sundsvallhof.

Roman von Hanns Wotho.

Copyright 1913 by Hanns Wotho, Leipzig.

(11 Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Jetzt würde gewiß bald die Mutter sie rufen, und Sägen würde auf sie zutreten und ganz selbstverständlich ihre Hand fassen. Gunhild fuhr sich mit beiden Händen durch die Locken. Nein, lieber sterben. Die Mutter kannte kein Erbarmen. Da half kein Sträuben, Gunne wußte es, ihr Schicksal war besiegelt.

noch immer bei der Mutter. Ob er wohl gleich die Zahl der Schafe und Kinder festmachte, die sie mitbringen sollte als Brautgabe? Hoch, was war das? Klang es nicht von der Halle her wie dumpfes Gemurmel heftig streitender Stimmen?

tere Lust — und dann noch einer — brüllend; als wollte er die hohen Felsriesen mit ihrem ewigen Eis hinunterstürmen ins Meer. Gunne mühte sich mit ihrem heftig schwankenden Boot. Die Kappe war ihr vom Haupt gelunken, ihre roten Locken flatterten um das blühende, stolze Gesicht.

Vertical text on the left margin containing various small advertisements and notices.

